

Landesregierung lässt sich Zeit

Im Genehmigungsverfahren für das umstrittene Steinkohlekraftwerk Datteln 4 beschwört die CDU die „große parlamentarische Mehrheit“

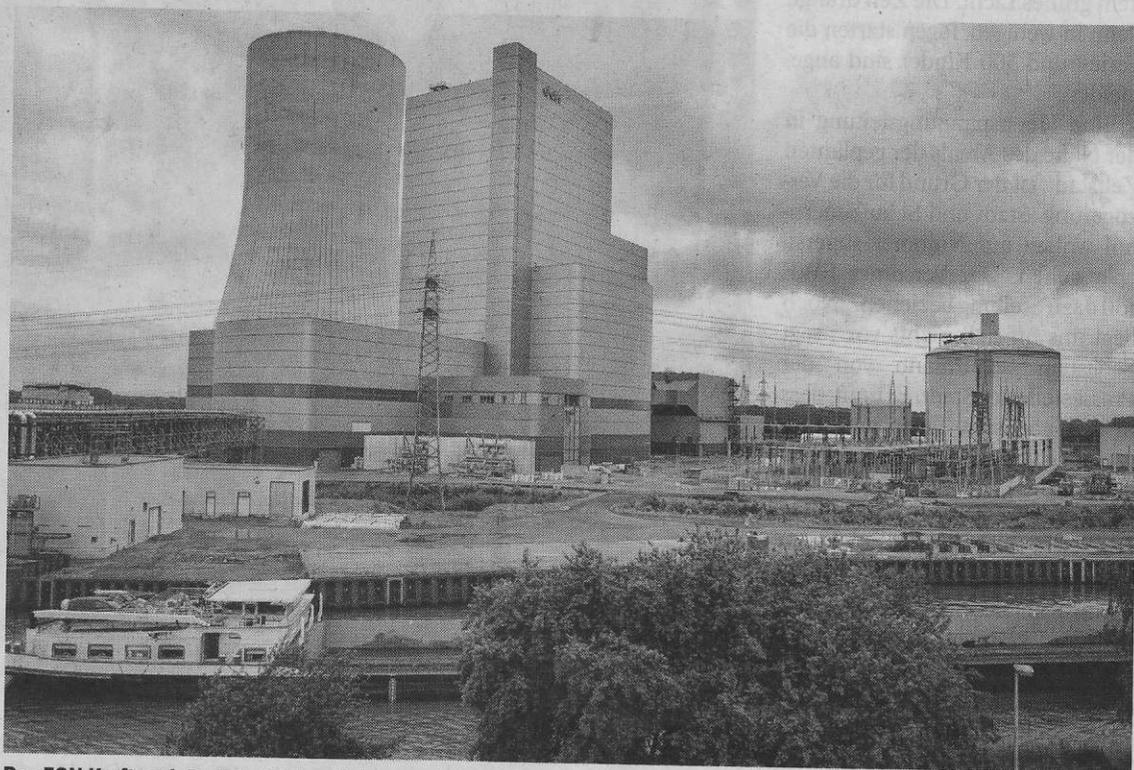
WAZ v. 11.07.13

Von Michael Wallkötter

Datteln. Beim neuen Anlauf zur Genehmigung des umstrittenen Steinkohlekraftwerks Datteln 4 lässt sich die Landesregierung nicht unter Druck setzen. „Für die Prüfung gelten keine Fristen“, sagte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) in einer Aktuellen Stunde des Landtags. Die Dauer der Prüfung sei von der Komplexität des Sachverhalts abhängig.

Die NRW-Staatskanzlei muss prüfen, ob von den Zielen der Landesplanung abgewichen werden darf, um den Kraftwerksstandort am Dortmund-Ems-Kanal nachträglich zu legitimieren. Die Opposition im Landtag fordert von der Landesregierung, dass sie dieses vom Regionalverband Ruhr (RVR) beantragte Verfahren rechtssicher, aber auch „schnellstmöglich“ durchzieht, wie der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Josef Hovenjürgen (Haltern) in der Sitzung des Landtags betonte. CDU und FDP möchten gerne noch vor der Bundestagswahl (22. September) ein Ergebnis sehen. Die Opposition befürchtet jedoch, dass Rot-Grün das Thema bis nach dem Wahltag aussitzt.

Die CDU im Landtag ist überzeugt davon, dass es in NRW eine parlamentarische Mehrheit von CDU, SPD und FDP „zur Absicherung des Industriestandortes NRW“ geben könnte. Ausdrücklich bezog der CDU-Abgeordnete Hovenjürgen auch das in Datteln geplante Industriegebiet newPark in diese Betrachtung ein. Auch die



Das EON Kraftwerk Datteln 4 ist noch immer nicht genehmigt.

FOTO: DPA

ses Projekt, das für 11 000 Arbeitsplätze gut sein soll und zwischen Rot und Grün ebenso umstritten ist wie Datteln 4, steckt in Düsseldorf in der Warteschleife. „Es liegt an der Landesregierung, ob sie die Chance der großen parlamentarischen Mehrheit nutzt“, meinte Hovenjürgen. Dass ein derartiges Vorgehen zum Koalitionskrach führen könnte, nehmen CDU und FDP dabei natürlich wohlwollend in Kauf.

In der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) marschierten die Bündnispartner SPD und Grüne am vergangenen Freitag bereits in ge-

trennte Richtungen. Mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP beschloss das Ruhr-Parlament, ein Zielabweichungsverfahren bei der Staatskanzlei zu beantragen. Damit sollen Planungsfehler im Nachhinein korrigiert werden. Der Regionalrat bei der Bezirksregierung in Köln schuf am gleichen Tag ebenfalls mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP die Grundlage für den Bau eines neuen Braunkohle-Kraftwerks in Bergheim-Niederaußem. Für den grünen Koalitionspartner in der Landesregierung sind das schon mehr als nur Nadelstiche.

Der Bauplatz

■ In dem **Zielabweichungsverfahren** geht es um die nachträgliche Genehmigung des Datteln-4-Bauplatzes direkt am Dortmund-Ems-Kanal.

■ In der **Landesplanung** sind die nur fünf Kilometer entfernten Rieselfelder eigentlich als Kraftwerksstandort ausgewiesen. Allerdings soll dort das Industriegebiet newPark entstehen.